

Nachrichten

Härtere Strafen bei Gewalt gegen Beamte

Bern. Der Nationalrat fordert härtere Strafen für Drohungen oder Gewalt gegen Beamte und Behörden. Er hat eine Motion aus den Reihen der SVP angenommen. Nach seinem Vorschlag soll mit einer Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft werden, wer eine Behörde, ein Mitglied einer Behörde oder einen Beamten bedroht oder angreift. Wird die Tat von mehreren begangen, soll jeder, der daran teilgenommen hat, mit einer Freiheitsstrafe bestraft werden. SDA

Freizügigkeitsabkommen: SVP-Motion abgelehnt

Bern. Der Nationalrat will den Bundesrat nicht beauftragen, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU zu kündigen, falls die EU Neuverhandlungen ablehnt. Er hat eine Motion der SVP-Fraktion abgelehnt. Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) sagte, der Bundesrat lehne die Motion ab, weil sie dem Zuwanderungsartikel widerspreche. SDA

Finanzierung für Nationalstrassen steht

Bern. Der neue Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) steht. Der Nationalrat hat die letzten Differenzen ausgeräumt. Aus dem NAF werden Betrieb, Erhalt und Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, die Beseitigung von Engpässen sowie Projekte des Agglomerationsverkehrs finanziert. Die Mittel reichen dafür nicht aus. Daher wird der Benzinpreis erhöht, der Bund erhöht seinen Beitrag und auf Elektrofahrzeuge wird eine neue Abgabe erhoben. SDA

Jugendstrafrecht: Lücke soll geschlossen werden

Bern. Der Nationalrat hat eine Motion von FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR) an den Bundesrat überwiesen. Heute enden alle Massnahmen des Jugendstrafrechts, wenn ein Täter 25-jährig wird. Zwar könnten die Massnahmen weitergeführt werden. Diese Regeln wurden für Täter geschaffen, die sich selbst gefährden oder an einer psychischen Störung leiden. Das Gesetz soll so geändert werden, dass auch Massnahmen zum Schutz Dritter angeordnet werden können. SDA

Einigung für erleichterte Einbürgerung in Sicht

Bern. Bei den Regeln zur erleichterten Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation nähern sich die beiden Kammern einer Einigung. Umstritten bleiben die Voraussetzungen betreffend der Grosseltern. Der Nationalrat hält daran fest, dass Einbürgerungswillige lediglich glaubhaft machen sollen, dass mindestens ein Grosselternteil ein Aufenthaltsrecht besass. Der Nationalrat kommt dem Ständerat aber auch entgegen: Während fünf Jahren sollen auch über 25-Jährige ein Gesuch stellen dürfen, sofern sie unter 35-jährig sind. SDA

Gleich lange Spiesse im Tourismus

Bern. Der Bundesrat muss in einem Bericht aufzeigen, wo das geltende Recht Airbnb und andere internetgestützte touristische Angebote gegenüber traditionellen Beherbergungsformen bevorzugt und wie gleich lange Spiesse geschaffen werden können. Der Ständerat hat ein entsprechendes Postulat angenommen. SDA

Mindestzoll soll auf 50 Franken erhöht werden

Bern. Heute wird auf Sendungen über einem Wert von fünf Franken Zoll erhoben. Das Parlament will diesen Mindestzoll auf 50 Franken erhöhen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion von Ruedi Noser (FDP, ZH) angenommen. Ihm geht es darum, die Unternehmen administrativ zu entlasten. Mit der Anhebung könnten kleine Sendungen einfacher und schneller abgefertigt werden. SDA

Nationalrat ist für Verhüllungsverbot

Die parlamentarische Initiative stellt Sicherheitsbedenken in den Vordergrund

Von Michael Surber, Bern

Der Solothurner SVP-Nationalrat Walter Wobmann war sichtlich zufrieden nach der Abstimmung über seine parlamentarische Initiative, die am gestrigen Tag unter dem Namen «Verbot der Verhüllung des eigenen Gesichts» traktandiert war. Er hatte auch allen Grund dazu: Der Nationalrat folgte einigermassen überraschend der Minderheitsposition der vorberatenden Kommission und beschloss mit 88 zu 87 Stimmen bei zehn Enthaltungen, der Initiative Wobmann Folge zu leisten. «Ich bin sehr erfreut, das ist klar. Es war sehr knapp, aber immerhin ist jetzt ein Resultat da, das positiv daherkommt», erklärt Wobmann unmittelbar im Anschluss an die Abstimmung.

Knapp war es schon einmal, nämlich 2015 bei den ersten Beratungen der Initiative in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats. Damals hiess die Kommission den Vorschlag Wobmanns mit Unterstützung der CVP mit elf zu zehn Stimmen bei zwei Enthaltungen gut. Letzten Mai jedoch, als die Kommission ein weiteres Mal über das Geschäft befand, beschloss die Kommissionsmehrheit gegen die parlamentarische Initiative.

Dieser Meinungsumschwung war zum einen darauf zurückzuführen, dass die Schwesterkommission des Ständerates die Initiative in der Zwischenzeit wuchtig verworfen hatte. Es ist aus diesem Grund auch fraglich, ob der Nationalrat mit der gestrigen Entscheidung beim Ständerat Gehör finden wird. Zum anderen lancierte Wobmann zusammen mit dem «Egerkinger Komitee» im März dieses Jahres die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot». Wobmann fährt seit diesem Zeitpunkt zweigleisig.

Im Nationalratssaal votierte die Ratslinie gestern geschlossen gegen die Initiative. Die SVP stand naturgemäss hinter dem Vorstoss ihres Parteikollegen. Uneiniger waren in dieser Frage die Mitteparteien: Während die CVP-Vertreter die parlamentarische Initiative grossmehrheitlich unterstützen, waren die FDP-Mitglieder mit wenigen Ausnahmen dagegen.



Weg damit. SVP-Nationalrat Walter Wobmann (r.) und seine Mitstreiter gehen im Abstimmungskampf neue Wege. Foto Keystone

Die beiden von Wobmann initiierten Initiativen haben bei identischen Zielen unterschiedliche Argumentationslinien: Während die lancierte Volksinitiative durch eine Verhüllung die individuelle Freiheit des Einzelnen gefährdet sieht, rückt die gestern verhandelte parlamentarische Variante Sicherheitsbedenken in den Vordergrund: «Zum Thema Sicherheit gehören aber auch verummte Gewalttäter und Vandalen bei Demonstrationen. Es geht um ein allgemeines Verhüllungsverbot, also nicht nur um ein sogenanntes Burkaverbot», stellte Wobmann gestern klar.

Die Volksinitiative hingegen knüpft an Artikel 10 der Bundesverfassung an: «Es geht bei der Volksinitiative also nicht mehr um ein sicherheitspolitisches Anliegen, sondern um ein Anliegen

der persönlichen Freiheit», bemerkte auch Kommissionsmitglied Kurt Fluri (FDP, SO) gestern im Nationalrat. Auf diesen Sachverhalt angesprochen, entgegnete Wobmann, dass diese zwei Aspekte eben zusammengehörten.

Bis 60 Prozent Zustimmung

Für Wobmann ist denn auch vollkommen klar, dass trotz des gestrigen Etappenerfolgs im Nationalrat die lancierte Volksinitiative weiter vorangetrieben werden muss: «Die Unterschriftensammlung läuft. Wir haben bis jetzt etwa die Hälfte der nötigen Unterschriften gesammelt.» Dem Komitee bleibt noch fast ein ganzes Jahr Zeit, um auch noch die restlichen der insgesamt 100 000 benötigten Unterschriften zu

sammeln. Es ist jedoch nicht nur die gut angelegene Unterschriftensammlung, die den Solothurner SVP-Nationalrat positiv auf einen allfälligen Urnengang blicken lässt – es sind auch Umfrageergebnisse: Käme ein Burkaverbot heute an die Urne, würden rund 60 Prozent der Stimmberechtigten ein Ja einlegen. Dies geht aus einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Zeitung *Schweiz am Sonntag* hervor.

Für Wobmann und seine Mitstreiter sind diese Zahlen im Einklang mit den unmittelbaren Eindrücken und Rückmeldungen, die die Initianten bei der Unterschriftensammlung machen. «Etwa drei Vierteln der Leute, die wir mit unserem Anliegen konfrontieren, unterschreiben schliesslich auch für die Initiative», sagt der SVP-Nationalrat.

«Die Giftzähne sind gezogen»

Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl zur Energiestrategie

Von Dominik Feusi, Bern

BaZ: Die Energiestrategie kostet 100 Milliarden Franken, wie Sie selber geschrieben haben. Finden Sie das gut?



Monika Rühl: Nein, das finde ich nicht gut. Wir sind aber auch nicht die Erfinder dieser Strategie. Was tun Sie dagegen?

Wir haben nach der Aufhebung des Euromindestkurses im Januar 2015 gesagt, dass es als Kostensenkungsmassnahme einen Regulierungsstopp braucht. Wir forderten unter anderem auch, dass die Energiestrategie sistiert wird. Das Echo war null. Die Bereitschaft der Politik, auf diese schwierige Situation zu reagieren, war nicht vorhanden.

Und jetzt? Das Parlament hat aus unserer Sicht einige Verbesserungen an der Vorlage vorgenommen. Die Subventionen sind gedeckelt und befristet. Nach wie vor löst die Energiestrategie keine Begeisterung aus, aber die grössten Giftzähne sind gezogen.

Hat die Wirtschaft mit der Energiestrategie noch eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung, wie sie Economiesuisse fordert? Sie führt zu Importabhängigkeit und verteuert den Strom.

Eine gewisse Importabhängigkeit haben wir heute auch. Es braucht Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise. Da mehr als die Hälfte des Stroms aus der Wasserkraft stammt, geht es darum, dass diese Kraftwerke kompetitiv bleiben. Die neuen Erneuerbaren werden bloss kleine Beiträge

leisten. Der Rest ist vor allem Atomkraft. Das ist der Grund, weshalb wir die Atomausstiegs-Initiative bekämpfen, die im November an die Urne kommt. Die will schon im nächsten Jahr das erste AKW abschalten, das gefährdet die Versorgungssicherheit massiv.

Scienceindustries, der Verband der Chemie, Pharma- und Biotechunternehmen und Mitglied in Ihrem Verband, lehnt die Energiestrategie offen ab. Sie sind tatsächlich dafür?

Wie gesagt: Die wichtigsten Giftzähne sind gezogen und wir beobachten den weiteren Verlauf der Energiestrategie – ohne jede Begeisterung. **Vielleicht sind die Giftzähne gezogen. Aber die Energiestrategie bringt mehr Regulierung, weniger Versorgungssicherheit, Milliarden an Subventionen und teureren Strom – also alles Dinge, die Sie eigentlich nicht wollen.**

Wir ergreifen das Referendum nicht und helfen nicht mit Unterschriften zu sammeln. Der Rest wird sich wei-

«Wir beobachten den weiteren Verlauf der Energiestrategie – ohne jede Begeisterung.»

sen. Unsere Priorität ist, dass jetzt die Atomausstiegs-Initiative abgelehnt wird. Die Verantwortung für die Energiestrategie trägt jedoch die Politik. Wir hätten einen Stopp und eine Neubeurteilung der Lage für sinnvoll erachtet. Die Politik sah das anders.

Im politischen Prozess wurden einfach alle, die mit dem Referendum gedroht

haben, mit Subventionen ruhiggestellt – zuletzt die Hausbesitzer. Wenn das in anderen Politikfeldern Schule macht und niemand aus ordnungspolitischer Prinzipientreue Nein sagt, dann läuft der Staat irgendwann aus dem Ruder.

Economiesuisse ist gegen Subventionen durch den Staat in allen Bereichen und sagt das auch immer wie-

«Es gibt keinen Grund, die bewährte Regel der Schuldenbremse aufzugeben.»

der. Wir sind klare Gegner von immer mehr Staat. Wir finden auch, der Staat sollte sich aus der Wirtschaft zurückziehen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine gesunde Finanzpolitik ein. Da sind wir auf gutem Kurs, dank der Schuldenbremse.

Der Trend geht in eine andere Richtung: Der auf dem Papier bürgerliche Bundesrat will Asylkosten als ausserordentlich bezeichnen und an der Schuldenbremse vorbeischnüffeln.

Ich bin ehrlich gesagt erschüttert, dass man das versucht. Es gibt keinen Grund, die bewährte, vom Volk beschlossene Regel der Schuldenbremse aufzugeben, zu lockern oder zu umgehen. Das Stellenwachstum beim Bund, aber generell beim Staat, braucht klare Grenzen. Wir wollen einen schlanken Staat. Nur so funktioniert er nämlich. Überdies könnte ich mir die Privatisierung der Staatsbetriebe vorstellen, zum Beispiel der Swisscom. Das gehört für uns zu diesem Programm.

Gebiet Bözberg wird untersucht

Weitere Sondierbohrungen für atomares Endlager

Remigen. In der Region Bözberg im Aargauer Jura will die Nagra an acht möglichen Standorten Sondierbohrungen vornehmen. Die Bohrplätze sind rund um ein zwölf Quadratkilometer grosses Gebiet angelegt, das für ein atomares Endlager geeignet ist. Je zwei der acht geplanten Bohrstandorte liegen auf den Gemeindegebieten von Bözberg, Effingen und Remigen, je einer in den Gemeinden Riniken und Zeihen. Dieses Standortgebiet westlich von Brugg trägt den Namen Jura Ost. Eingereicht werden zwar Gesuche für acht Bohrungen. Die Verträge sind unterzeichnet.

Die Nagra hat auch im Bereich Zürich Nordost zwei Gebiete eingegrenzt, die für ein Tiefenlager geeignet sind. Ab 2018 will sie an acht Plätzen Tiefenbohrungen vornehmen. Drei Bohrplätze liegen in Trüllikon, einer in Marthalen, je einer in Rheinau und Dachsen. In Laufen-Uhwiesen hat die Nagra zwei Bohrplätze festgelegt.

Jede Bohrung kostet rund 10 Millionen Franken. Bis allerdings in den Untergrund vorgedrungen wird, dürfte es 2019 oder noch später werden. Das Bewilligungsverfahren ist hürdenreich. Für jedes der Bohrgesuche wird ein eigenes Bewilligungsverfahren durchgeführt. Von den Sondierbohrungen Betroffene können schriftlich beim Bund eine Einsprache einreichen. Der Bundesrat wird voraussichtlich Ende 2018 beschliessen, welche Standortgebiete tatsächlich vertieft untersucht werden sollen. Bis zu diesem Entscheid verbleiben auch die vier anderen potenziellen Standortgebiete im Auswahlverfahren. SDA